

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 493
der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe
Drucksache 6/1080

Kleine Anfrage – Nachfrage auf die Kleine Anfrage 312 Drucksache 6/678

Antwort Drucksache 6/958

Beeinträchtigung von Anwohnern durch Windenergieanlagen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 493 vom 10.04.2015:

1. Wie viele Beschwerden aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen(Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit etc.) oder Lärmbelästigungen durch Schall/Infraschall liegen der Landesregierung seit 2006 vor?
In der Antwort vom 30.03.15 werden lediglich 58 Beschwerden genannt. Dabei ist nur eine Beschwerde aus Schlieben vom 12.03.2014 aufgeführt. Die weiteren mir bekannten Beschwerdeschreiben vom 16.02.07, 12.06.07, 20.06.07, 03.08.07, 15.10.07, 02.02.09, 02.02.10, 14.08.13, 18.09.14, 24.10.13, 18.03.14 und vom 18.02.15 sowie das Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.13 sind nicht genannt.
Somit frage ich nochmals: Wie viele Beschwerden liegen wirklich vor und warum wurden die echten Zahlen nicht zur Verfügung gestellt?
2. Wurden in Fällen der angezeigten Lärmbelästigung Prüfungen der Überschreitung der Immissionsschutzwerte durchgeführt? In der Antwort vom 30.03.15 wird ausgeführt, dass das LUGV zunächst gegenüber dem Betreiber der WKA eine eigene Überprüfung veranlasst. Wann, wo und in welcher Form die Überprüfungen erfolgen, wurde nicht beantwortet. Hiermit bitte ich um detaillierte Antwort und um Nachweis der Dokumentationen der Prüfungen sowie um Mitteilung, welche Instrumente und Messverfahren im Einzelnen zur Anwendung gekommen sind!

3. Wie erfolgt die Kontrolle der Angaben der Betreiber der WEA durch die zuständigen Ämter?
4. Sind nach Häufung der Beschwerden aus der Bevölkerung überhaupt ordnungsgemäße Nachweismessungen durch das LUGV durchgeführt worden (Bitte Messprotokolle bzw. Ergebnisse der Messungen die das LUGV durchgeführt hat beifügen oder in einer Tabelle zusammenstellen und die Messverfahren/Messgeräte benennen) um sicherzustellen, dass die Auflagen der Baugenehmigungen eingehalten werden oder ist die „Allgemeinheit und Nachbarschaft“ mit ihrer Gesundheit der Immissionslast durch die WEA hier den Angaben der Betreiber der WEA schutzlos ausgesetzt?
5. Sind von unabhängigen Experten Lärmmessungen bzw. Immissionswerte gemessen worden, wenn Gemeinden und Ämter auf besondere Beeinträchtigungen durch WEA hingewiesen und Messungen gefordert haben, so z.B. am 02.02.2009, am 14.08.2013, am 24.10.2013 oder am 18.09.2014 in Schlieben und haben die Ämter und Gemeinden qualifizierte Antworten mit Messergebnissen bekommen um ihre Bürger zu informieren?
6. Durch WEA- Betreiber wird in der Bauplanungsphase immer wieder versichert, dass keine Immissionsbelastung für die Bürger besteht. Im Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.2013 wird dies nochmals sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Landesweit liegen massive Bürgerbeschwerden vor, speziell zu den enormen Lärmbelastungen. Leider sind durch bisher unbekannte Nachlässigkeiten nur 58 Beschwerden in den Jahren 2007 bis 2015 erfasst. Da die Betreiber kein Interesse haben, bei gutem Wind ihre Anlagen zu drosseln bzw. stillzulegen, da dies beachtliche Einnahmeverluste nach sich ziehen würde, ist es höchst unverständlich, warum die Betreiber der WEA zu Immissionswerten abgefragt werden, wenn sich anliegende Bürger über den Lärm, Schall und Schattenwurf beschweren. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt diese Verfahrensweise?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Bereitstellung von Daten über Beschwerden erfolgt durch das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) durch Auswertung aus dem Länderinformationssystem für Anlagen (LIS-A). Das System LIS-A wurde am 30.07.2014 neu eingeführt und ersetzt das zuvor genutzte Anlageninformationssystem Immissionsschutz (AIS-I). Bei der Umstellung der Datenverarbeitungssysteme ist es zu technischen Problemen gekommen, die eine unvollständige Datenauswertung

bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage 312 zur Folge hatten. Diese technischen Fehler wurden zwischenzeitlich behoben, so dass nunmehr eine vollständige Auswertung erfolgt ist. Auf die fachliche und inhaltliche Bearbeitung von Bürgerbeschwerden hatte das informationstechnische Problem zu keinem Zeitpunkt Auswirkungen.

Nachfolgend wird in Beantwortung der Nachfrage ausführlich dargestellt, in welcher Weise die Prüfung von Beschwerden und die Überwachung von Anlagen durch das LUGV erfolgt. Es wird daraus ersichtlich, dass die Bearbeitung von Anzeigen mit großem Aufwand und hoher Sorgfalt erfolgt, um bei berechtigten Beschwerden für den Schutz der Bürger Sorge zu tragen. Leider sind nicht alle Beschwerden berechtigt, so dass nicht immer den Wünschen der Beschwerdeführer entsprochen werden kann.

Frage 1:

Wie viele Beschwerden aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen (Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit etc.) oder Lärmbelästigungen durch Schall/Infraschall liegen der Landesregierung seit 2006 vor?

In der Antwort vom 30.03.15 werden lediglich 58 Beschwerden genannt. Dabei ist nur eine Beschwerde aus Schlieben vom 12.03.2014 aufgeführt. Die weiteren mir bekannten Beschwerdeschreiben vom 16.02.07, 12.06.07, 20.06.07, 03.08.07, 15.10.07, 02.02.09, 02.02.10, 14.08.13, 18.09.14, 24.10.13, 18.03.14 und vom 18.02.15 sowie das Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.13 sind nicht genannt.

Somit frage ich nochmals: Wie viele Beschwerden liegen wirklich vor und warum wurden die echten Zahlen nicht zur Verfügung gestellt?

zu Frage 1:

Eine Überprüfung der Daten hat ergeben, dass im Zeitraum von 2006 bis 2014 107 Beschwerden von Anwohnern aufgrund von Lärmbelästigungen beim LUGV eingegangen sind.

Die Beantwortung von Fragen zu Zahlen und Daten erfolgt i. d. R. auf der Basis der im LIS-A erfassten Daten. Mit der Umstellung von AIS-I auf LIS-A haben sich Fehler bei der Auswertung von Daten zu Beschwerden ergeben. Die Fehler sind darauf zurückzuführen, dass teilweise Beschwerden keiner konkreten WKA zugeordnet wurden, wenn sich z. B. die Beschwerde gegen einen Windpark mit mehreren WKA richtete; teilweise wurden Beschwerden zusammengefasst, die sich gegen dieselbe WKA richteten; teilweise wurden Beschwerden, die sich auch gegen andere Aspekte als Lärmbelästigungen richteten, nicht als Beschwerde über Lärm erfasst. Es handelt sich also um einen technischen Fehler bei der Datenauswertung. Dies hat zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die ordnungsgemäße Prüfung und Bearbeitung aller eingegangenen Bürgerbeschwerden gehabt.

Aus den vorgenannten Gründen wurden bei der zunächst durchgeführten Datenabfrage nicht alle in der Datenbank eingegebenen Beschwerden erfasst. Die entsprechende Abfrage wurde zwischenzeitlich abgeändert, so dass dieser Fehler zukünftig vermieden wird.

Frage 2:

Wurden in Fällen der angezeigten Lärmbelästigung Prüfungen der Überschreitung der Immissionsschutzwerte durchgeführt? In der Antwort vom 30.03.15 wird ausgeführt, dass das LUGV zunächst gegenüber dem Betreiber der WKA eine eigene Überprüfung veranlasst. Wann, wo und in welcher Form die Überprüfungen erfolgen, wurde nicht beantwortet. Hiermit bitte ich um detaillierte Antwort und um Nachweis der Dokumentationen der Prüfungen sowie um Mitteilung, welche Instrumente und Messverfahren im Einzelnen zur Anwendung gekommen sind!

Zu Frage 2:

Geht eine Beschwerde bei der Behörde ein, wird in jedem Fall zunächst der Anlagenbetreiber aufgefordert, eine Prüfung auf vorliegende Beschädigungen, technische Probleme oder sonstige Abweichungen vom genehmigungskonformen Betrieb an der WKA vorzunehmen und diese ggf. zu beseitigen. Es wurde mithin in jedem der in der Antwort zur Kleinen Anfrage 312 genannten Fälle und in den übrigen 49 Fällen eine Aufforderung zur Überprüfung an den Betreiber erlassen, es sei denn, es lagen mehrere Beschwerden zur selben WKA vor und die Überprüfung hatte schon stattgefunden.

Der Betreiber einer Anlage ist verpflichtet, eine Eigenüberwachung seiner Anlage durchzuführen und auf Anforderung durch die Überwachungsbehörde die dokumentierten Ergebnisse der Eigenüberwachung vorzulegen. Außerdem muss der Anlagenbetreiber regelmäßig Wartungen an der Anlage vornehmen und dabei auch Sichtprüfungen auf Schäden vornehmen. Diese Wartungen sind in einem Betriebstagebuch zu dokumentieren, das auf Anforderung der Behörde vorzulegen ist. Bestehen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des Antragstellers, z. B. zur Einhaltung von Abschaltzeiten, kann sich die Behörde zunächst die Aufzeichnungen des Betreibers im Rahmen der Eigenüberwachung der Anlagen vorlegen lassen.

Ergibt diese Überprüfung keinen eindeutigen Nachweis, dass der Anlagenbetrieb genehmigungskonform erfolgt, wird durch das LUGV vor Ort bei geeigneter Witterungslage an der WKA, an den Immissionsorten und i. d. R. auch am Standort des Beschwerdeführers geprüft, ob sich der Gegenstand der Beschwerde bestätigt. Im Ergebnis dieser Prüfschritte entscheidet die Behörde, ob die Anordnung einer Messung gem. § 26 Bundes-Immissionsschutzgesetz erforderlich ist oder ob andere Maßnahmen zur Herstellung eines ordnungsgemäßen Betriebs zu ergreifen sind.

Das LUGV führt keine eigenen Messungen durch. Mit der Durchführung von Nachweismessungen sind gem. §§ 26 und 28 BImSchG von der zuständigen Behörde bekanntgegebene Stellen zu beauftragen. Wie die Durchführung der Nachweismessungen zu erfolgen hat und zu dokumentieren ist, ist in der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) sowie dem WKA-Geräuschemissionserlass des Landes Brandenburg vom 28.04.2014 geregelt. Die jeweils verwendeten Messgeräte sind in der Dokumentation der Messergebnisse anzugeben.

Die Nachweise der durchgeführten Prüfungen und Nachweismessungen sind in den Überwachungsakten zur jeweiligen WKA beim LUGV dokumentiert und können dort – nach vorheriger Terminabsprache - jederzeit eingesehen werden. Für eine Veröffentlichung im Rahmen einer Kleinen Anfrage sind die entsprechenden Aktenvorgänge zu umfangreich.

Frage 3:

Wie erfolgt die Kontrolle der Angaben der Betreiber der WEA durch die zuständigen Ämter?

Zu Frage 3:

Die oben beschriebenen Nachweise und Unterlagen werden vom LUGV auf Plausibilität überprüft. Vorliegende Messberichte, die jeweils nicht älter als drei Jahre sein dürfen, werden ebenfalls nachgeprüft. Ergeben sich aus der Prüfung Anhaltspunkte für unvollständige oder unrichtige Angaben, wird ggf. eine Besichtigung der WKA vor Ort durchgeführt. Im Zweifelsfall kann eine anlassbezogene Nachweismessung beauftragt werden, um die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen.

Frage 4:

Sind nach Häufung der Beschwerden aus der Bevölkerung überhaupt ordnungsgemäße Nachweismessungen durch das LUGV durchgeführt worden (Bitte Messprotokolle bzw. Ergebnisse der Messungen die das LUGV durchgeführt hat beifügen oder in einer Tabelle zusammenstellen und die Messverfahren/Messgeräte benennen) um sicherzustellen, dass die Auflagen der Baugenehmigungen eingehalten werden oder ist die „Allgemeinheit und Nachbarschaft“ mit ihrer Gesundheit der Immissionslast durch die WEA hier den Angaben der Betreiber der WEA schutzlos ausgesetzt?

Zu Frage 4:

Das LUGV führt keine eigenen Messungen durch (siehe Antwort zu Frage 2).

Frage 5:

Sind von unabhängigen Experten Lärmmessungen bzw. Immissionswerte gemessen worden, wenn Gemeinden und Ämter auf besondere Beeinträchtigungen durch WEA hingewiesen und Messungen gefordert haben, so z.B. am 02.02.2009, am 14.08.2013, am 24.10.2013 oder am 18.09.2014 in Schlieben und haben die Ämter

und Gemeinden qualifizierte Antworten mit Messergebnissen bekommen um ihre Bürger zu informieren?

Zu Frage 5:

So weit nach den Umständen des Einzelfalls erforderlich, werden auch aufgrund von Hinweisen durch Gemeinden und Ämter Nachweismessungen angeordnet. Diese müssen von nach § 29 b BImSchG durch die zuständige Behörde bekanntgegebenen unabhängigen Stellen durchgeführt werden.

Die aufgeführten Schreiben beziehen sich auf den Windpark Oelsig/Buchhain des Amtes Schlieben und der Stadt Doberlug-Kirchhain. Die Nachweismessungen wurden durchgeführt. Das Ergebnis wurde dem Amt Schlieben durch das LUGV mit den Schreiben vom 29.04.2014 und 17.10.2014 mitgeteilt. Es besteht jederzeit die Möglichkeit zur Einsichtnahme in vorhandene Messberichte beim LUGV.

Frage 6:

Durch WEA-Betreiber wird in der Bauplanungsphase immer wieder versichert, dass keine Immissionsbelastung für die Bürger besteht. Im Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.2013 wird dies nochmals sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Landesweit liegen massive Bürgerbeschwerden vor, speziell zu den enormen Lärmbelästigungen. Leider sind durch bisher unbekannte Nachlässigkeiten nur 58 Beschwerden in den Jahren 2007 bis 2015 erfasst. Da die Betreiber kein Interesse haben, bei gutem Wind ihre Anlagen zu drosseln bzw. stillzulegen, da dies beachtliche Einnahmeverluste nach sich ziehen würde, ist es höchst unverständlich, warum die Betreiber der WEA zu Immissionswerten abgefragt werden, wenn sich anliegende Bürger über den Lärm, Schall und Schattenwurf beschweren. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt diese Verfahrensweise?

Zu Frage 6:

Gem. § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG sind Anlagen so zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Anlage mit Null Emissionen betrieben werden muss, so dass jede akustische Wahrnehmbarkeit ausgeschlossen ist. Vielmehr hat die Bundesregierung in der 6. Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BImSchG (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) gem. § 48 BImSchG Immissionsgrenzwerte festgelegt, bei deren Einhaltung davon auszugehen ist, dass der Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Gefahren und unzumutbaren Belästigungen gewährleistet ist. Ergibt die Prüfung im Genehmigungsverfahren, dass die dort aufgeführten Grenzwerte sicher eingehalten werden können, ist die Behörde gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG verpflichtet, die beantragte Genehmigung zu erteilen. Bei einigen Anlagen ist zur sicheren Einhaltung

der Grenzwerte die Festsetzung von Abschaltzeiten oder lärmoptimiertem Betrieb notwendig. Eine WKA wird auch dann genehmigungskonform betrieben, wenn von ihr wahrnehmbare Geräusche ausgehen, so lange sich diese im Rahmen der einzuhaltenden Grenzwerte bewegen.

Die entsprechenden Grenzwerte für Schattenwurf sind in der Leitlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg zur Ermittlung und zur Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WKA-Schattenwurf-Leitlinie) enthalten. Auch hier gilt, dass bei Einhaltung der zulässigen Beschattungsdauer nicht von einer unzumutbaren Belästigung für die Nachbarschaft auszugehen ist.

Es steht nicht im Belieben eines Betreibers, den Auflagen seiner immissionsschutzrechtlichen Genehmigung Folge zu leisten, sondern dies wird in geeigneter Weise durch das LUGV überwacht. Ergeben sich Hinweise darauf, dass die WKA nicht genehmigungskonform betrieben wird, erfolgt die Überprüfung in der unter Frage 2 beschriebenen Weise.

Die in der Antwort zu Frage 2 dargestellte Anforderung der Ergebnisse der Eigenüberwachung vom Anlagenbetreiber und die Aufforderung zur Überprüfung seiner WKA im Hinblick auf den Beschwerdegegenstand dienen der Sachverhaltsaufklärung. Die Behörde ist nach dem Untersuchungsgrundsatz gem. § 24 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) verpflichtet, von Amts wegen alle für den Einzelfall bedeutsamen Umstände zu ermitteln. Hierzu gehören gem. § 24 Abs. 2 VwVfG ausdrücklich auch die für einen Beteiligten günstigen Umstände. Über diese rechtliche Verpflichtung darf sich das LUGV bei der Prüfung einer Beschwerde nicht hinwegsetzen. Sie ist mithin verpflichtet, vor der Anordnung von Emissions- oder Immissionsmessungen im Einzelfall gem. § 26 BImSchG festzustellen, ob die Beschwerde Anhaltspunkte dafür bietet, dass von der Anlage schädliche Umwelteinwirkungen ausgehen. Ein Verwaltungsakt – in diesem Fall z. B. die Anordnung einer Messung gem. § 26 BImSchG oder anderer Maßnahmen zur Einhaltung von Lärmschutzgrenzwerten – muss gem. § 39 VwVfG begründet werden. In der Begründung sind die wesentlichen rechtlichen und tatsächlichen Umstände anzugeben, die die Behörde zu ihrer Entscheidung bewogen haben. Diese Gründe müssen auch unter Einbeziehung des Anlagenbetreibers zuvor ermittelt werden, da eine unrichtige oder unvollständige Begründung zur Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes führen würde und dieser im Widerspruchs- oder Klageverfahren aufgehoben werden müsste. Darüber hinaus ist ein Anlagenbetreiber gem. § 28 VwVfG anzuhören, bevor gegen ihn eine Anordnung zur Durchführung einer Nachweismessung ergeht.